



Hagen Kühn **Unsere Demokratie?**

Viele Menschen engagieren sich ehrlich für das, was sie derzeit »Unsere Demokratie« nennen (sollen), und gehen »gegen rechts« auf die Straße (statt gegen rechte Politik). Die Frage, welchen Einfluss das in dieser Demokratie angeblich herrschende Volk tatsächlich auf den Gang der gesellschaftlichen Dinge hat, wird kaum gestellt. Sie halten das, was an Rechts- und Sozialstaatlichkeit noch übrig ist, für Demokratie. Das ist zwar verteidigungswert, aber Demokratie ist es nicht.

1967 schrieb der renommierte bürgerliche Journalist Sebastian Haffner: »Nominell leben wir in einer Demokratie, das heißt: Das Volk regiert sich selbst. Tatsächlich hat (...) das Volk nicht den geringsten Einfluss auf die Regierung, weder in der großen Politik noch auch nur in solchen administrativen Alltagsfragen wie Mehrwertsteuer und Fahrpreiserhöhungen. (...) Dies, obwohl die traditionellen Einrichtungen einer Demokratie – Parlament, Parteien, Pressefreiheit usw. – alle vorhanden sind und funktionieren. Nur funktionieren sie (...) sozusagen im Rückwärtsgang: Einrichtungen, die eigentlich als Transmissionsriemen des Volkswillens nach oben dienen sollen, wirken stattdessen als Transmissionsriemen des Herrschaftswillens nach unten.« Und er fügte hinzu: »Parallel zu diesem objektiven Vorgang hat sich ein noch rätselhafterer subjektiver abgespielt: Das entmachtete Volk hat seine Entmachtung nicht nur hingenommen – es hat sie geradezu liebgewonnen.« Bis auf wenige Ausnahmen, bei denen Kapitalinteressen nicht tangiert sind, verschlechtert sich seit den 1980er Jahren die Lage für die Bevölkerungsmehrheit in relevanten Lebensbereichen wie materieller Lebensstandard, Frieden, soziale Sicherheit, Informations- und Meinungsfreiheit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur. Je weiter unten in der sozialen Hierarchie, desto spürbarer die Einschränkungen. Bestraft sich also das herrschende Volk selbst?

Vierzig Jahre nach Haffners Beobachtungen veröffentlichte der britische Soziologe Colin Crouch eine vielbeachtete Analyse zur »Postdemokratie« (Suhrkamp 2008). Er beobachtet eine starke Tendenz zur Ent-Demokratisierung. Die Institutionen seien zwar formal intakt, es werde auch nach wie vor gewählt, und dies führe

durchaus zu Regierungswechseln, aber ohne substanziell veränderte Politik. Was den Bürgern an Demokratie sichtbar gemacht werde, seien weitgehend politische Inszenierungen, in deren Schatten hinter verschlossenen Türen die reale Politik gemacht werde. Tatsächlich würden in den Parlamenten Entscheidungen debattiert, die bereits getroffen worden sind, Gesetze verabschiedet, die von Lobbyisten in den Ministerien geschrieben werden, um dann der Öffentlichkeit als alternativlose Sachzwänge vermittelt zu werden. Regierungsmethoden – so Crouch – entwickelten sich zunehmend in eine Richtung zurück, die für vordemokratische Zeiten typisch war. Postdemokratie sei eine Tendenz zur Oligarchie, beruhend auf einem Zusammenspiel von konzentrierter Wirtschaftsmacht, Regierung und Massenmedien. Mit anderen Worten: Die »repräsentativen« Demokratien des Westens sind immer mehr zu Fassadendemokratien geworden. Die Bürger können zwar das von Parteiapparaten vorselektierte Personal wählen, aber nicht die Grundrichtung der Politik. Diese Entwicklungsrichtung finden wir mehr oder weniger in allen westlichen Demokratien. In deren Musterland USA gingen Gilens und Page (2014) mit empirischen Langzeitstudien der Frage nach, welchen Einfluss die verschiedenen sozialen Klassen auf die Regierungspolitik haben. Das Ergebnis: »Nicht nur haben gewöhnliche Bürger keine *eigenständige substanzielle* Macht über politische Entscheidungen; sie haben kaum oder gar keinen eigenständigen Einfluss auf die Politik.« Der Einfluss der wirtschaftlichen Eliten sei hingegen »sehr substanziell« und »hochsignifikant«.

Ohne auf die Komplexität der Beziehungsgefüge und Interessen einzugehen, die hier am Werk sind, möchte ich nur einen Blick auf die Grundstruktur einer kapitalistischen Demokratie werfen: Beobachter von einem fernen Planeten würden es wahrscheinlich sonderbar finden, wie ein Volk einerseits sein eigenes Schicksal demokratisch in die Hand nehmen, andererseits aber über Produktion, Reproduktion und Allokation seiner materiellen Lebensgrundlagen und mediale Informationen nicht selbst bestimmen möchte, sondern sie der Verfügung und profitablen Verwertung einer Minderheit von Kapitaleigentümern überlässt. Kapital ist nicht allein Verwertung von Erwerbsvermögen, sondern auch Herrschaftsbeziehung. So verpflichtet § 611a BGB den »Arbeitnehmer im Dienste eines anderen zur Leistung weisungsgebundener, fremdbestimmter Arbeit in persönlicher Abhängigkeit«. Das ist der juristische Ausdruck des Untertanendaseins der großen Mehrheit während ihres gesamten Berufslebens. Wie sinnvoll ist es, über einer undemokratischen Wirtschaftsgesellschaft einen demokratischen Staat zu erwarten?

Die parlamentarische Demokratie ist auf die staatliche Sphäre begrenzt. Die Politik der Regierungen und Parlamente folgt zwar einer gewissen Eigenlogik, aber sie ist angewiesen auf die dynamische, widersprüchliche und krisenhafte Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Aus diesen dialektischen Zusammenhängen möchte ich nur einen Aspekt herausgreifen, der die eingangs skizzierten Phänomene der Machtlosigkeit und des Objektcharakters der Bevölkerung verständlicher macht: die fundamentalen und limitierenden Abhängigkeiten staatlicher Politik und ihrer Institutionen von der Entwicklung der Kapitalakkumulation und des gesamtwirtschaftlichen Wachstums als deren Resultat.

Da der kapitalistische Staat selbst kaum Werte produziert, ist er »Steuerstaat« (Schumpeter), dessen Handlungsfähigkeit weitgehend vom Steueraufkommen aus Löhnen und Gewinnen abhängt und damit vom Gang der Wirtschaftsentwicklung.

Politik ist damit strukturell, bevor Wahlen und Parlament wirken können, nicht nur quantitativ begrenzt, sondern auch inhaltlich ausgerichtet: Um den Wirtschaftsprozess am Laufen zu halten, müssen alle einzelnen marktvermittelten Unternehmen ununterbrochen investieren. Die gesellschaftliche Bedeutung der Investitionen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, denn mit ihnen ist festgelegt, was, wieviel, von wem, wann, wo, zu welchem Preis und unter welchen Arbeitsumständen produziert wird. Investitionen sind nicht nur ausschlaggebend für Beschäftigung, Einkommen und Konsum, sondern auch für Ressourcenverbrauch und Emissionen, für die Inhalte der Bildung und des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts bis hin zur ästhetischen Gestalt der Städte und Landschaften. Investiert wird aber nur, was für das private Kapital mit »angemessener« Rendite verwertbar ist. Und die Macht, darüber zu entscheiden, ist das Klassenprivileg der Kapitaleigentümer, das durch den Staat mittels Recht, Repressionsorganen, Wissenschaftsbetrieb und ideologischer Macht geschützt ist. Von wem und mit welchem Programm auch immer Regierungen gewählt werden, sie stehen unter dem strukturellen Zwang, für gute Bedingungen profitabler Verwertungsbedingungen im Interesse der Minderheit von Kapitaleigentümern zu sorgen. Demokratie als Herrschaft der Mehrheit und Kapitalismus als Herrschaft einer kleinen Minderheit sind Gegensätze.

Natürlich sind die Regierungen jederzeit in der Lage, frei auf das Wirtschaftsgeschehen einzuwirken. Staat und Kapital sind heute so integriert, dass sie es auch müssen. Sie können es aber nicht gegen die Systemlogik des Kapitals tun. Über ihnen schwebt permanent das Damoklesschwert sinkender Kapitalinvestitionen, deren soziale Krisenfolgen sie scheitern ließe. Um dies zu vermeiden, folgen sie dem Gebot der »Marktkonformität«. Das ist der beschönigende Ausdruck für die Unantastbarkeit der Eigentumsprivilegien und die Orientierung der Investitionsentscheidungen an der Profitrate. Marktkonforme Steuerung greift nicht in die Autonomie des Kapitaleigentums ein, sondern kreiert »Anreize«, um den »Datenkranz« für ihre autonome Entscheidungsfindung zu beeinflussen. Damit die Anreize angenommen werden, müssen sie also den Zielen der Unternehmen entgegenkommen. Somit bleibt der Politik nur die Wahl zwischen verschiedenen Maßnahmen, die Interessen des Kapitals zu befriedigen. Die Rolle des Lobbyismus ist sekundär und setzt meist erst da ein, wo Fraktionen um besondere Vorteile und Anteile an der Beute streiten.

Somit ist staatliches Handeln, einschließlich der öffentlichen Investitionen, mit wenigen historischen Ausnahmen degradiert zu Nachvollzug, Ergänzung und nachträglichen Korrekturversuchen nach Maßgabe der jeweiligen gesellschaftlichen Macht- und Konkurrenzverhältnisse. Letztlich liegen hier auch die Ursachen dafür, dass bislang alle historischen Linksregierungen Europas mit ihren Versuchen gescheitert sind, demokratische Politik im langfristigen Interesse der Lohnabhängigen durchzusetzen, ohne in die Eigentumsrechte einzugreifen.

Im Laufe der imperialen Globalisierung der letzten Jahrzehnte haben sich die Machtrelationen zwischen parlamentarischem Staat und Kapital noch weiter verschoben: Forscher der ETH Zürich haben vor Jahren ermittelt, dass die Weltwirtschaft heute von nur ca. 40 Kapitalgruppen aus Investmentfonds, Banken, Versicherungen und Industriekonzernen bestimmt wird, die sich wechselseitig besitzen und kontrollieren. Das ist ein Herrschaftssystem, das kein Staat der Welt mehr kontrollieren kann, das aber seinerseits Staaten kontrolliert.

Diese grundlegenden Abhängigkeiten, zusammen mit der chronischen Überakkumulationskrise und dem Anfang vom Ende der bisherigen imperialen Ausbeutungsbeziehungen gegenüber dem »globalen Süden« sowie den daraus resultierenden weltweiten Kriegen um Rohstoffe, Energie und Absatzmärkte zehren am wirtschaftlichen Fundament und verengen mehr und mehr den verbleibenden politischen Spielraum. Darin liegt ein wesentlicher Grund für die Dynamik, mit der die Tendenz zum autoritären Staat fortschreitet. Sie geht nicht auf die unehrlichen Politiker zurück, sondern Unehrllichkeit ist deren notwendige Aufgabe, um den Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus zu verhüllen. Die Fassade bröckelt inzwischen für alle sichtbar und fordert dazu heraus, genauer hinzusehen. Wenn die Engagierten für die »Verteidigung unsere Demokratie« das tun, werden sie erkennen, dass diese erst noch geschaffen werden muss.

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Redaktion.

Original aus: [unleserlich]

Die grundlegende Abhängigkeit zwischen der chronischen Überakkumulationskrise und dem Anfang vom Ende der bisherigen imperialen Ausbeutungsbeziehungen gegenüber dem »globalen Süden« sowie den daraus resultierenden weltweiten Kriegen um Rohstoffe, Energie und Absatzmärkte zehren am wirtschaftlichen Fundament und verengen mehr und mehr den verbleibenden politischen Spielraum. Darin liegt ein wesentlicher Grund für die Dynamik, mit der die Tendenz zum autoritären Staat fortschreitet. Sie geht nicht auf die unehrlichen Politiker zurück, sondern Unehrllichkeit ist deren notwendige Aufgabe, um den Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus zu verhüllen. Die Fassade bröckelt inzwischen für alle sichtbar und fordert dazu heraus, genauer hinzusehen. Wenn die Engagierten für die »Verteidigung unsere Demokratie« das tun, werden sie erkennen, dass diese erst noch geschaffen werden muss.

Die grundlegende Abhängigkeit zwischen der chronischen Überakkumulationskrise und dem Anfang vom Ende der bisherigen imperialen Ausbeutungsbeziehungen gegenüber dem »globalen Süden« sowie den daraus resultierenden weltweiten Kriegen um Rohstoffe, Energie und Absatzmärkte zehren am wirtschaftlichen Fundament und verengen mehr und mehr den verbleibenden politischen Spielraum. Darin liegt ein wesentlicher Grund für die Dynamik, mit der die Tendenz zum autoritären Staat fortschreitet. Sie geht nicht auf die unehrlichen Politiker zurück, sondern Unehrllichkeit ist deren notwendige Aufgabe, um den Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus zu verhüllen. Die Fassade bröckelt inzwischen für alle sichtbar und fordert dazu heraus, genauer hinzusehen. Wenn die Engagierten für die »Verteidigung unsere Demokratie« das tun, werden sie erkennen, dass diese erst noch geschaffen werden muss.

Die grundlegende Abhängigkeit zwischen der chronischen Überakkumulationskrise und dem Anfang vom Ende der bisherigen imperialen Ausbeutungsbeziehungen gegenüber dem »globalen Süden« sowie den daraus resultierenden weltweiten Kriegen um Rohstoffe, Energie und Absatzmärkte zehren am wirtschaftlichen Fundament und verengen mehr und mehr den verbleibenden politischen Spielraum. Darin liegt ein wesentlicher Grund für die Dynamik, mit der die Tendenz zum autoritären Staat fortschreitet. Sie geht nicht auf die unehrlichen Politiker zurück, sondern Unehrllichkeit ist deren notwendige Aufgabe, um den Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus zu verhüllen. Die Fassade bröckelt inzwischen für alle sichtbar und fordert dazu heraus, genauer hinzusehen. Wenn die Engagierten für die »Verteidigung unsere Demokratie« das tun, werden sie erkennen, dass diese erst noch geschaffen werden muss.